

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 24 (1949)

Heft: 9

Artikel: Förderung des Wohnungsbau in der Stadt St. Gallen

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-102102>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Förderung des Wohnungsbaues in der Stadt St. Gallen

Der Gemeinderat St. Gallen genehmigte eine neue Vorlage über die weitere Förderung des Wohnungsbaues mit einem Kredit von 150 000 Fr., wobei 43 000 Franken für die Subventionierung weiterer Einbauwohnungen, 87 000 Fr. für die Erstellung von 18 Arbeiterwohnungen auf der Liegenschaft «Saum» in Schönenwegen und 20 000 Fr. als Beitrag an die Kosten des Baus von 28 Wohnungen an der Domänenstraße verwendet werden sollen.

In seinem Bericht äußert sich der Gemeinderat über die bisherigen Aufwendungen für die Förderung des Wohnungsbaues. In den Jahren 1943 bis 1947 wurden für diesen Zweck 4 100 000 Fr. aufgewendet, womit die Erstellung von 1185 Wohnungen subventioniert werden konnte. 1111 Wohnungen entfallen auf Neubauten und 74 auf Einbauten in bestehende Häuser. 580 der neuen Wohnstätten zählen zum sozialen Wohnungsbau. 70 weitere Wohnungen konnten durch Einbauten in städtischen Liegenschaften und durch Barackenbauten gewonnen werden. Von den insgesamt 1255 subventionierten neuen Wohnungen waren bis Ende Juni 1949 1204 fertiggestellt; die restlichen 51 Wohnungen werden in den nächsten Monaten ebenfalls bezugsbereit sein.

Mit diesen beträchtlichen öffentlichen Leistungen konnten viele Familien vor Obdachlosigkeit bewahrt werden — die Wohnungsnot selbst ist aber noch nicht behoben. Alle auf dem Gebiete der Stadt vorhandenen Wohnungen sind besetzt. Selbst nach Vollendung der noch im Bau begriffenen Wohnhäuser besteht ein erheblicher Mangel besonders an Arbeiterwohnungen.

Der Gemeinderat bewilligte am 1. Juni 1948 einen Kredit von 148 000 Fr. für den Ankauf von fünf Armeebaracken und deren Ausbau zu sieben Notwohnungen. Gegen diesen Beschuß wurde jedoch form- und fristgemäß das Referendum ergriffen, so daß der Rat am 7. September 1948 auf den erwähnten Beschuß zurückkam und vom Ankauf der Baracken absah. Im Sinne einer vom Gemeinderat am 17. Juni 1948 erheblich erklärten Motion beauftragte der Stadtrat daraufhin eine Spezialkommission, abzuklären, wie an Stelle von Wohnbaracken andere Wohnräume für obdachlos werdende Familien bereitgestellt werden

könnten. Diese Kommission hat die Möglichkeiten des Einbaus von Wohnungen in bestehende Gebäude und der Erstellung neuer billiger Wohnungen einläßlich geprüft.

Einer vom Hauseigentümerverband unterstützten Aktion zur Subventionierung von Wohnungseinbauten wurde nur ein bescheidener Erfolg zuteil. Von den bis Ende Juni 1949 eingereichten 130 Anmeldungen konnten bloß deren 47 als brauchbar weiterverfolgt werden. 14 Wohnungsprojekte sind inzwischen ausgeführt worden; der Einbau weiterer 33 Wohnungen befindet sich in Vorbereitung. Die Ursache für das geringe Interesse an der Aktion liegt in erster Linie darin, daß die Einbaumöglichkeiten bereits in früheren Jahren weitgehend ausgenutzt worden sind. Durch Wohnungseinbauten konnten überdies meistens nur kleine Dachwohnungen geschaffen werden, die dem dringenden Bedarf an billigen Unterkünften für kinderreiche Arbeiterfamilien nicht zu genügen vermögen. Immerhin soll der Frage des Wohnungseinbaus auch in Zukunft alle Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Um der herrschenden Wohnungsnot wirksam zu steuern, hat der Stadtrat im September vorigen Jahres auf Vorschlag der erwähnten Spezialkommission beschlossen, drei Architekten mit der Ausarbeitung von Projekten und Voranschlägen für einen einfachen und soliden Mehrfamilienhaustyp zu beauftragen. Die eingereichten Projekte sahen die Erstellung von 104 Wohnungen im Heiligkreuz, 24 an der Zürcherstraße und von 42 in Kräzern vor, deren Subventionierung mit einem Ansatz von 20 Prozent einen Gemeindebeitrag von etwas mehr als einer Million Franken erfordern würde. Ein reduzierter Vorschlag lautete auf 20 Wohnungen im Heiligkreuz, 24 an der Zürcherstraße und 28 an der Kräzernstraße; der entsprechende Gemeindebeitrag würde sich für diese 72 Wohnungen auf 375 000 Fr. belaufen.

Die Spezialkommission konnte jedoch die Einholung eines so hohen Kredites bei der Bürgerschaft nicht befürworten, weil eine derartige Vorlage kaum angenommen würde. Hingegen erklärte sie sich einverstanden mit einem Antrag an den Gemeinderat, für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einen Kredit von 150 000 Fr. zu bewilligen.

Kt.

Bildungsarbeit in den Baugenossenschaften

In Jahresberichten und Versammlungen beklagen sich die Genossenschaftsverwaltungen darüber, daß es wohl viele Genossenschaftsmitglieder gebe, aber wenig Genossenschafter. Es ist aber durchaus begreiflich, wenn viele Mieter in unseren Kolonien recht wenig Verständnis für die Genossenschaft zeigen. Wer heute keine andere Wohnung erhalten kann, schließt eben mit einer Genossenschaft einen Mietvertrag ab, oft ohne ihn richtig gelesen zu haben, auch wenn er sich

bisher nie um die Genossenschaftsbewegung gekümmert hat. Er betrachtet sich als Mieter, und die Genossenschaft ist für ihn der Hausmeister. Oft ist das Studium des Jahresberichtes und der Besuch der Generalversammlung für ihn die einzige Gelegenheit, etwas Näheres über die Genossenschaft zu erfahren. Wie kann man ihm da einen Vorwurf machen, wenn er nicht mehr Genossenschaftsgeist zeigt? Die Verwaltungen müssen den Fehler zunächst doch bei sich selbst